Namslauer Stadtblatt

Täglich erscheinende Zeitung für Stadt und Kreis Namslau.

Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden

Bezugs-Preise:
Das „Namslauer Stadtblatt" erscheint wöchentlich sechsmal: Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend und Sonntag und kostet in der Geschäftsstelle, sowie in den Verkaufsstellen monatlich 1.35 Goldmark. Bestellgebühr nur für den Kalendermonat. Osterten- und Auskunftsgebühr 30 Goldpfennig. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Für richtige Wiedergabe undeutlich geschriebener oder durch

60. Jahrgang.

Anzeigen-Preise:
Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Goldpfennig, für Auswärtige 25 Goldpfennig, im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die einspaltige Petitzeile 75 Goldpfennig. Schluß der Anzeigenannahme bis 8 Uhr vormittags am Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor bis 10 Uhr vormittags. — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Kleine Anzeigen nur gegen Vorauszahlung.

Fernsprecher Übermittelter Anzeigen wird keine Gewähr geleistet.

Fernsprecher 94.

Druck, Verlag und Expedition: Namslauer Druckerei-Gesellschaft m. b. H., Namslau, Andreas-Kirchstraße 13.
Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Hans Tiepe, Wilkau.

Nr. 19. | Sonnabend, den 23. Januar. | **1932.**

Deutschland gegen Zwischenlösung.

Berlin, 21. Januar.

Der englische Botschafter in Berlin, Sir Horace Rumbold, hat im Auftrage seiner Regierung bei der Reichsregierung sondiert, ob Deutschland mit einer Verlängerung des Hoover-Moratoriums um ein Jahr einverstanden sein würde. Reichskanzler Dr. Brüning hat, wie verlautet, in ablehnendem Sinne geantwortet.

Wenn man bedenkt, daß bis zum Ablauf des gegenwärtigen Hoover-Moratoriums noch rund 5 Monate verstreichen werden, also ein Zeitraum, der bei einigem guten Willen groß genug ist, um zu der so dringend notwendigen Endregelung zu gelangen, so ist es durchaus zu verstehen, daß die englische Anregung in Berlin keinen Anklang gefunden hat. Eine Hinausögerung der Endlösung ist angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage gleichbedeutend mit einer Verlängerung der allgemeinen Ungewißheit, die bekanntlich auch die Gegenseite als den Hauptstörungsfaktor bezeichnet. Ob die Konferenz von Lausanne am 25. Januar stattfindet, dürfte nunmehr von der Entscheidung der englischen Regierung abhängen.

Paul-Boncour Frankreichs Ratsvertreter.

Genf, 21. Januar.

Von französischer Seite wird mitgeteilt, daß Senator Paul-Boncour als Vertreter der französischen Regierung den Vorsitz auf der am 25. Januar beginnenden Tagung des Völkerbundsrates übernehmen wird.

*

Bulgarien erklärt seine Zahlungsunfähigkeit.

Bulgariens Ministerpräsident Muschanoff erstattete dem Finanzausschuß des Völkerbundes einen Bericht und erklärte, Bulgarien könne in Zukunft die durch Tributzahlungen und den Zinsendienst auswärtiger Anleihen entstandenen Devisenabgänge nicht mehr tragen.

Kurze Vertagung der Tributkonferenz?

Paris, 21. Januar.

Wie hier verlautet, soll die Eröffnung der Lausanner Reparationskonferenz von Montag auf Donnerstag verschoben werden. Grundsätzliche Beschlüsse seien jedoch noch nicht gefaßt. Aus London liegt eine Meldung vor, nach der England mit der Eröffnung der Reparationskonferenz am Montag nicht mehr rechnet.

Im Schatten Lavals.

Amerikas Zurückhaltung. — Der deutsche Standpunkt.

Selbst wenn die Rede Lavals von innenpolitischen Gesichtspunkten gewertet wird, bleibt sie eine Enttäuschung für alle diejenigen, die aus der Haltung Lavals im hinter uns liegenden Jahre die Hoffnung abgeleitet hatten, daß er es verstehen werde, die Lebensinteressen Frankreichs richtig in die weltpolitischen Zusammenhänge einzuschalten.

Alle Erkenntnisse der letzten Monate über die Verflechtung der großen Probleme, die die Welt in wirtschaftlicher und finanzieller und infolgedessen auch in politischer Hinsicht unter nicht länger zu ertragenden Druck setzen, sind bei der Kundgebung des französischen Ministerpräsidenten unberücksichtigt geblieben. Sie ist gegenüber Entwicklungen, die sich mit den großen diplomatischen Besuchen des Vorjahres hoffnungsvoll anzubahnen schienen,

ein so kraßer Rückschritt,

daß der Ausblick auf die bevorstehenden Konferenzen aufs schwerste verdüstert wird. Ueber die Gesinnung, mit der die Vertreter Frankreichs sowohl in die Auseinandersetzungen über das Reparations- und Schuldenproblem wie über die Abrüstung hineingehen werden, ist leider kaum noch ein Zweifel möglich, es ist eine Gesinnung, die von vornherein den schweren Versuch einer Ueberwindung der Weltkrise durch die Beseitigung ihrer Ursachen zum Scheitern zu bringen droht.

Der Gedanke einer Streichung der Reparationen ist von Laval grundsätzlich und mit einer Endgültigkeit abgelehnt worden, die einen schroffen Vorstoß eigentlich nach allen Seiten hin darstellt, und die in London und in Rom nicht weniger befremden muß, wie sie in Washington befremdet hat.

Das Beharren auf dem Buchstaben von Verträgen unter völliger Mißachtung der Tatsache, wie grundlegend sich seit dem Abschluß dieser Verträge die Weltlage geändert hat, zeugt von einem erschütternden Mangel an Willen zur Einsicht in den Ablauf der weltwirtschaftlichen Geschehnisse, und die übermäßig betonte Hervorkehrung des Rechtsstandpunkts kann diesen Mangel an gutem Willen nicht verschleiern. Der so geflissentlich betonte Vorrang der Sicherheit vor der Abrüstung, der so merkwürdig wenig in Einklang zu bringen ist mit der ebenso grell betonten französischen Bezugnahme auf die Bedeutung von Verträgen und bestätigten Rechten, widerspricht allen Voraussetzungen, von denen aus man hoffen sollte, die Genfer Arbeiten zu fördern. Die formulierten Erklärungen, die die amerikanische Regierung der französischen hat zur Kenntnis bringen lassen, zeigen sehr deutlich, wie weit die Haltung Frankreichs Europa zurückgeworfen hat, wie wenig Amerika geneigt ist, einen Finger zu rühren, ehe nicht die europäischen Regierungen zeigen, daß sie den ehrlichen Willen haben, ihre Verhältnisse zu bereinigen und, was besonders betont ist, durch Verminderung ihrer Rüstungsausgaben ihren finanziellen Verpflichtungen Rechnung zu tragen. In London versteht man sehr gut, daß diese amerikanische Stellungnahme ihre letzte Auslösung von Paris her erfahren hat, und England als der Einberufer der Lausanner Konferenz steht, rein formal gesehen, vor besonders schwierigen Aufgaben. Man mag vielleicht betonen, daß ebenso wie Laval auch Hoover durch die bevorstehenden Wahlen aufs stärkste beeinflußt ist, und daß nach diesen Wahlen in Frankreich und in Amerika andere Voraussetzungen gelten dürften.

Aber selbst diese Einsicht kann nicht darüber hinweghelfen, daß wir vor der Tatsache einer außerordentlichen Erschwerung, wenn nicht einer hoffnungslosen Verschlechterung der augenblicklichen Situation stehen, daß im günstigsten Falle ein neuer Zeitverlust in Kauf genommen werden müßte zu einem Zeitpunkt, der jeden Tag kostbarer macht, daß die Gefahr einer provisorischen Lösung wieder äußerst akut wird, einer Zwischenlösung, die für die Welt keine Erleichterung bringen kann und für Deutschland untragbar bleibt. Der Schatten, den Paris über die nächste Zukunft wirft, ist düster und unheildrohend, und es ist kein Lichtblick, der ihn mit einem Strahl der Hoffnung aufsuckern möchte.

Die Sozialpolitik in der Krise.

Vortrag Stegerwalds.

Berlin, 21. Januar.

Reichsarbeitsminister Stegerwald sprach im Rundfunk über die Rückwirkungen der Weltkrise auf die Sozialpolitik. Ueber 20 Millionen Arbeitslose, viele Milliarden jährliche Unterstützungskosten, das sei das Bild, das der Arbeitsmarkt der Welt nach 17 Jahren eines unbefriedeten Europas biete.

Das sei in beträchtlichem Maße die Folge davon, daß die europäischen Siegerstaaten ein Jahrzehnt lang in der Vorstellung lebten, sie könnten sich alle an Deutschland bereichern. Das sei die Folge, daß man jahrelang nicht gesehen habe, daß, wenn Deutschland verarmt, die anderen nicht reich werden könnten, sondern selbst in den Verarmungsprozeß hineingezogen würden.

Dieser Verarmungsprozeß zeige sich auch auf dem Gebiet der Löhne. Die Reichsregierung habe in der letzten Zeit Lohnsenkungen zulassen müssen, aber auch das sei keine bloß deutsche Erscheinung, denn kein größeres Industrieland der Welt sei von Lohnkürzungen verschont geblieben.

Ein einseitiger Sturm auf die Löhne und Gehälter sei von der Reichsregierung abgelehnt worden. Wir müßten von der Einstellung herunter, daß zwar Kartell- und Zollschutz unzulässig und das freie Spiel der Kräfte hier allein das Gegebene sei.

Die Sozialpolitik müsse als Bestandteil der Gesamtpolitik und der Gesellschaftspolitik überhaupt gesehen werden. Wir hätten zwischen

drei Möglichkeiten

zu wählen:

1. die Arbeiterschaft wird gleichberechtigt in das privatwirtschaftliche System mit ausreichendem staatlichem Schutz eingegliedert, oder
2. die Wirtschafts- und Gesellschaftsführung wird immer mehr dem Staat überantwortet, oder
3. es wird ein korporatives System mit erhöhter Selbstverwaltung und Selbstverantwortung der Arbeitnehmer herausgebildet, bei dem dem Staat eine ähnliche Aufsicht und Kontrolle wie gegenüber der politischen Selbstverwaltung oblieat.

SPD. für Hindenburg

Reichstagspräsident Löbe zur Lage.

Breslau, 21. Januar.

In einer Kundgebung der SPD. sprach Reichstagspräsident Löbe über die politische Lage. Er sagte u. a.: Während früher die internationale Verschuldung gegenseitig gewesen sei, stelle sie sich heute einseitig dar. Jetzt fordere auch die SPD.: Schluß mit den Reparationen, selbst wenn die Kriegsschuldenstreichung nicht gleich auf dem Fuße folge. Brüning habe die Genesung Deutschlands durch eine übertriebene Sparpolitik herbeizuführen gesucht. Bereits in einem Vierteljahr würden sich die Folgen dieser Tendenz durch neue Lücken im Haushalt bemerkbar machen, wenn man nicht in vier Wochen auf diesem Wege abstoppe. Es sei in Deutschland eine Unmenge Arbeit vorhanden, die mit eigenen Rohstoffen und Arbeitskräften geleistet werden könne.

Zur Frage der Präsidentenwahl erklärte Löbe, die SPD. würde zur Verhinderung einer Kandidatur Epp die Wahl Hindenburgs vorziehen.

Gegen die Gottlosenbewegung.

Kundgebung des christlich-sozialen Volksdienstes.

Berlin, 21. Januar.

In einer Kundgebung des christlich-sozialen Volksdienstes gegen die Gottlosenbewegung heißt es u. a.:

Die Erscheinungen der Gottlosenbewegung wurzeln in der bewußten Loslösung des Menschen aus der schöpfungsgemäßen Gebundenheit an den Willen des lebendigen Gottes.

Die Gottlosenbewegung ist im letzten eine einzige große Anklage gegen das, was wir seit der Aufklärung weithin als christliche Kultur gefeiert und als gottgewollt angesehen haben. Die Gottlosenbewegung ist das Gericht Gottes über den Abfall vom lebendigen Glauben.

Die Staatsleitung hat um des Staates willen die Aufgabe, den zerfressenden Wirkungen des Kulturbolschewismus und dem Ansturm des politischen Bolschewismus gegen die Ordnungen des nationalen Lebens entschlossen entgegenzutreten. Im Zusammenwirken derer, die mit Ernst Christen sein wollen, und der Staatsleitung an diesen Aufgaben sehen wir eine letzte menschliche Möglichkeit, das deutsche Volk von dem Abgrund zurückzureißen, an dem es steht.

Die Deutsche Reichsbahn in Gefahr.

Berlin, 21. Januar.

Das Organ der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer „Voraus" nimmt zu den kommenden Lausanner Verhandlungen über die Reichsbahn Stellung und erhebt gemeinsam mit allen Eisenbahnergewerkschaften stammenden Einspruch gegen die Absicht, die Deutsche Reichsbahngesellschaft zu verpfänden.

Damit würde das einzige noch greifbare Vermögen des deutschen Volkes verschoben werden. Wenn die Deutsche Reichsbahn bisher lebensfähig geblieben sei, so lag das an der zweckmäßigen Leitung und an der vollen Hingabe des Personals unter Verzicht auf viele kulturelle Güter, die den französischen und englischen Eisenbahnern gewahrt blieben. Die Entbehrungen des vergangenen Jahrzehnts könnten aber für das Personal niemals bestehen bleiben. Sie seien nur deswegen ertragen worden, weil die übermäßig hohen Belastungen durch die Tribute einmal, und zwar jetzt, ein Ende haben müssen.

An die Reichsregierung wird die dringende Bitte gerichtet, den Kampf des um seine Existenz ringenden Eisenbahnerpersonals zu unterstützen. Die Reichsbahn gehöre dem deutschen Volke.

Preußischer Landtag.

Berlin, 21. Januar.

Der Preußische Landtag beschäftigte sich am Mittwoch mit den in letzter Zeit erlassenen Polizeiverordnungen.

Zur Verordnung des Innenministers über das Verbot nächtlicher Geländeübungen und Märsche vom 20. November 1931, die in der Zeit von 17 bis 7 Uhr Gelände- und Ordnungsübungen und Vorbereitungen dazu sowie alle Märsche in geschlossener Ordnung unter freiem Himmel verbietet, erklärt Abg. Fritsche (Dnatl.), daß die Bestimmung die politische Versammlungstätigkeit schwer beeinträchtige, um so mehr als sie auch noch in die Zeit des preußischen Wahlkampfes falle.

Abg. Kasper (Komm.) fordert Aufhebung aller in der letzten Zeit erlassenen Polizeiverordnungen des Innenministers.

Abg. Harnisch (Soz.) ist der Ansicht, daß, wenn die preußische Regierung wegen der letzten Polizeiverordnungen des Innenministers zu tadeln sei, sich dieser Tadel nur darauf beziehen könne, daß die Verordnungen zu spät erlassen worden seien.

Die Verordnung wird durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt, ebenso, ohne Aussprache, die Verordnung gegen den Verkauf von Hieb- oder Stoßwaffen an Personen unter 20 Jahre. Auch die Verordnung über den äußeren Schutz der Sonn- und Feiertage wird nach kurzer Aussprache für erledigt erklärt.

Im weiteren Verlauf seiner Sitzung nahm der Landtag noch von der Polizeiverordnung zur Errichtung vorstädtischer Kleinsiedlung Kenntnis. Ein gemeinsamer Antrag der Regierungsparteien auf

Abänderung der Geschäftsordnungsbestimmungen über namentliche Abstimmungen

wurde dem Geschäftsordnungsausschuß zur Weiterberatung überwiesen.

Während nach der geltenden Geschäftsordnung namentliche Abstimmungen in jedem Fall erfolgen müssen, wenn 30 Abgeordnete es verlangen, will der Antrag der Regierungsparteien diese Muß-Bestimmung in eine Kann-Vorschrift umändern.

In der Aussprache wandten sich die Abgeordneten Schulz (Komm.), Borck (Dnatl.) und Dr. Boehm (DVP.) schärfstens gegen den Antrag. Abg. Leinert (Soz.) verteidigte die Vorschläge.

Nächste Sitzung: Donnerstag: Anträge zur preußischen Notverordnung.

Krisenmache im Memelgebiet.

Der Gouverneur gegen die Landesregierung.

Memel, 21. Januar.

Der litauische Gouverneur hat die Privatreise des Präsidenten des Landesdirektoriums, Böttcher, und zweier Landtagsabgeordneter nach Berlin, gegen die auch die litauische Regierung beim Auswärtigen Amt protestiert hat, zum Anlaß genommen, um den Rücktritt der Landesregierung zu fordern, weil sie sich angeblich des Hoch- und Landesverrats schuldig gemacht hat.

Da der Präsident dieses Ansinnen zurückgewiesen hat, versucht der Gouverneur, die Landtagsparteien dazu zu bewegen, der Landesregierung das Mißtrauen auszusprechen. Außerdem hat er ein Landesverratsverfahren gegen den Präsidenten und die beiden Abgeordneten angedroht. Selbstverständlich haben es auch die Landtagsparteien abgelehnt, den Wünschen des Gouverneurs zu entsprechen. Die ganze Aktion läuft lediglich darauf hinaus, der litauischen Unsturzhetze gegen die memelländische Autonomie einen neuen Auftrieb zu geben.

Die Pariser Debatte.

Krach bei Blums Oppositionsrede.

Paris, 21. Januar.

In der Kammeraussprache über die allgemeine Politik der französischen Regierung begründete Léon Blum die Haltung der Sozialisten. Während der Rede kam es zu einem Zwischenfall, als der Abgeordnete Marin den Redner unterbrechen wollte. Die Sozialisten hinderten ihn durch ohrenbetäubenden Lärm daran, sich bemerkbar zu machen. Als Blum dann weitersprechen wollte, entstand bei der Rechten gewaltiger Krach, so daß der Kammerpräsident mit Unterbrechung der Sitzung drohte. Blum verließ darauf die Tribüne und setzte erst nach mehrfacher Aufforderung seine Ausführungen fort.

In Deutschland behaupte man, mehr bezahlt zu haben, als man schuldig sei. Gegen eine derartige These genügten selbst amtliche Verlautbarungen nicht. Man brauche vielmehr schlagende Beweise, und wenn diese Beweise jemals von Deutschland erbracht würden, so würden die Sozialisten die Reichsregierung von allen Zahlungen entbunden erklären.

Er schlage eine internationale Untersuchung vor, um die Wahrheit zu ergründen. Heute stehe man der Zahlungsunfähigkeit Deutschlands gegenüber. Frankreich brauche nicht für immer auf die Reparationen zu verzichten. Es gebe aber verschiedene Möglichkeiten, der besonderen Lage Rechnung zu tragen. Der ungeschützte Teil der Reparationszahlungen könne zum Beispiel durch die Ersparnisse ausgeglichen werden, die aus einer aufrichtigen deutsch-französischen Annäherung hervorgehen müßten.

Um aber zu einer Verständigung über die Reparationsfrage zu gelangen, müsse man auch das Abrüstungsproblem beachten. Wenn die französische Regierung ihre Denkschrift vom 15. Juli als Grundlage für die kommenden Verhandlungen verwenden wolle, so laufe sie Gefahr, isoliert zu werden da sie in dieser Frage im Gegensatz zu der öffentlichen Meinung in der ganzen Welt stehe.

Die Pariser Presse zu Lavals Erklärung.

Die Regierungspresse und ein Teil der gemäßigten Blätter stimmen der Regierungserklärung rückhaltlos zu. Pertinax, der sonst selbst an der Haltung eines Kabinetts Laval noch zu kritisieren hat, erklärt, daß die von der Regierung gefundenen Formeln in der Reparationsfrage geradezu bewundernswert seien. Man dürfe sich im Auslande keinen Einbildungen über den innerpolitischen Parteihader in Frankreich hingeben, denn wenn es sich um die Verteidigung der geheiligten Rechte handele, stehe das ganze Land geschlossen hinter der Regierung.

Die Linkspresse dagegen zeigt sich über die unnachgiebige Haltung der Regierung wenig erfreut. Die radikalsozialistische „Republique" betont, daß man sich beim Lesen der Regierungserklärung des Eindrucks der Ermutigung und tiefen Beunruhigung nicht erwehren könne. Man habe etwas Neues erwartet und stehe heute Altem gegenüber.

Englische Stimmen

„Daily Telegraph" sagt, die Rede Lavals enthalte nichts über Lausanne. Durch Frankreichs Schritt in Washington sei man auf den toten Punkt gekommen. Trotzdem müsse eine Konferenz der europäischen Mächte zusammengebracht werden, um endlich über die harten Tatsachen zu verhandeln. Englands und Italiens Ansichten stimmten auf jeden Fall überein. „Daily Mail" verargt es Frankreich nicht, wenn es angesichts der deutschen Handelsbilanz verlangt, daß Deutschland nach einiger Zeit wieder zahlen solle. „Morning Post" sagt, England verstehe vollkommen die französischen Befürchtungen vor einer Wiederholung Deutschlands. In der City, so sagt „Financial News", hätten die Ansichten auf einen faulen Vergleich den Pessimismus verstärkt und die Aussichten für das Pfund verschlechtert. In Bankkreisen verlange man unverzügliches und energisches Anpacken der Schuldenfrage.

Englands schwankende Haltung

London, 21. Januar.

Die politische Lage ist völlig unklar. Zwischen London, Paris und Berlin war in den letzten Tagen der Telephondraht fortwährend in Tätigkeit, und der deutsche Botschafter in London sprach mehrfach im Foreign Office vor. Sachlich läßt sich nur so viel feststellen, daß seitens

der deutschen Diplomatie

gegen eine Verlängerung des Hoover-Moratoriums gearbeitet wird. Sie verlangt, daß die Lausanner Konferenz stattfindet und die Verhandlungen über eine endgültige Lösung der Tributfrage noch vor dem 1. Juli, an welchem Datum das Hooverjahr abläuft, in Angriff genommen und weitestmöglich gefördert werden sollen. Sie ist, wie versichert wird, nicht bereit, sich vorherige Zugeständnisse abpressen zu lassen. Sie stützt sich hierbei darauf, daß Berlin den Wünschen der Gläubigermächte folgend die Youngplanmaschine in Gang gesetzt hat, daß der Baseler Bericht die Unmöglichkeit weiterer deutscher Zahlungen nach dem 1. Juli ausdrücklich feststellt, und daß eine Fortsetzung der bisherigen Methode des Rückverleihens der ungeschützten Zahlungen die Schuldenlast Deutschlands weiter in gefährlicher und unnötiger Weise laufend erhöht.

Die englische Diplomatie

hält die Lausanner Konferenz an sich für wünschenswert, merkt jedoch die französische Stellungnahme ab und ist anscheinend auch heute noch willens, möglicherweise die Lausanner Konferenz fallen zu lassen. Sie setzt sich für ein vorherigs, vorläufiges Abkommen über eine Ausdehnung des Tributmoratoriums ein.

Die Hauptschwierigkeit für das Zustandekommen einer Einigung liegt nach englischen Mitteilungen in den Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und Deutschland bezüglich der Behandlung der ungeschützten Tributrate. Frankreich besteht auf der Fortführung des bisherigen Systems, wie es im Hooverjahr in Geltung war, während Deutschland diesen Standpunkt ablehnt. England wirkt vermittelnd, ohne sich selbst auf einen endgültigen Standpunkt festzulegen. Die Verhandlungen sind noch völlig im Fluß. Im allgemeinen werden aber die Aussichten für das Zustandekommen der Lausanner Konferenz sehr pessimistisch beurteilt.

Amerika und die Moratoriumsverlängerung.

Washington, 21. Januar.

Das Staatsdepartement hat den amerikanischen Botschafter in Paris, Edge, ermächtigt, Laval mitzuteilen, daß die Vereinigten Staaten augenblicklich eine verbindliche Stellungnahme zur Frage einer Verlängerung des Schuldenmoratoriums ablehnten. Die Initiative müsse von den europäischen Staaten ausgehen, die unter sich eine Einigung erzielen und dann wieder an Amerika herantreten sollten.

Sowohl die demokratischen als auch die republikanischen Parteiführer im Abgeordnetenhaus gaben Erklärungen ab, in denen sie sich erneut gegen eine Verlängerung des Moratoriums aussprachen. Man ist in hiesigen politischen Kreisen der Auffassung, daß die europäischen Staaten ganz ohne Rücksicht auf Amerika diejenigen Maßnahmen ergreifen müßten, die zur Wiederherstellung des Vertrauens geeignet seien, bevor ein Antrag auf Verlängerung des Hooverjahres auch nur die geringsten Aussichten habe, vom Kongreß angenommen zu werden. In der Schuldnerstaaten herrscht die Auffassung, daß die meisten der Schuldnerstaaten Amerikas — und Frankreich an der Spitze — sehr wohl in der Lage sind, ihren Verpflichtungen nachzukommen, wenn sie ihre Rüstungsausgaben einschränken.

Litwinow Abrüstungsdelegierter.

Moskau, 21. Januar.

Die russische Delegation für die Abrüstungskonferenz wird vom Volkskommissar Litwinow geführt werden. Zu Mitglieder der Delegation wurden ferner Botschafter-Sokolnikow-London und Lunatscharski ernannt.

KAMPF UM OMEGA

Roman von Kurt Martin (Nachdruck verboten) | 18 | Copyright by Verlag Neues Leben, Bayr. Gmain.

Klüber hob die Hand. „Das ist doch selbstverständlich! Viele sprachen mit mir über „Omega", nachdem ich die ersten Andeutungen habe fallen lassen. Ich führte aber keinem Menschen gegenüber Näheres darüber aus."

„Und auch Professor Komitato sprach mit Ihnen darüber?"

„Allerdings! Ich gab ihm die gleichen Erklärungen wie den andern. Er deutete allerdings an, daß — er dem Giftgas eine außerordentliche Bedeutung beimesse."

„Sehen Sie!"

„Die Leute wußten aber nichts davon, wo sich die Aufzeichnungen befanden. Sie müßten dann schon ihrerseits Hilde Ohlemark ausgefragt haben, oder — sie bestochen haben."

Klaus widersprach erregt. „Das ist ein schändlicher Verdacht, Vater! Du kannst ihn mit nichts rechtfertigen!"

Veri Ibenstein wandte sich an Klaus. „Sie halten Fräulein Ohlemark für vollkommen unschuldig?"

„Unbedingt! Vergeuden Sie nicht Ihre Zeit, Herr Ibenstein, und gehen Sie nicht diesem Verdacht nach! Suchen Sie lieber den Menschen, der meinen Vater überfiel. Es könnte sich ja auch um zwei voneinander getrennte Verbrechen handeln, das eine Mal, um den Diebstahl der Papiere, und das andere Mal um diesen Mordversuch."

„Das glaube ich nicht, Herr Doktor. Ein Zusammenhang besteht da. Weshalb sollte denn der Herr Professor ermordet werden, wenn nicht —. Nein, so war das nicht! — Aber diese Japaner will ich mir doch einmal näher anschauen!"

Es klopfte. Das Mädchen trat ein und meldete: „Herr Dr. Kanomoki."

Der Professor furchte die Stirn. „Was will er?"

„Er bittet, Fräulein Ruth seine Aufwartung machen zu dürfen."

Ibenstein forschte: „Das ist doch der eine der beiden Japaner?"

„Ja."

„Sehr gut! Ich möchte dieser Unterredung beiwohnen, das heißt, ohne daß es Dr. Kanomoki weiß."

Ruth überlegte. „Er wartet in der Diele. Ich könnte ihn im Teezimmer empfangen. Wenn Sie mitkommen wollen, Herr Ibenstein? Wir gehen durch die Bibliothek. Den Durchgang von dieser zum Teezimmer schließt ein dichter Vorhang ab. Dahinter könnten Sie stehen bleiben."

„Ja, so geht es! — Geben Sie sich ganz unbefangen! Und wenn die Sprache auf den Raub der Geheimpapiere kommt, dann bleiben Sie bei dem Thema."

Ruth nickte. „Ja, ich will es. Wenn ich damit nur ein klein wenig zur Aufklärung der Rätsel beitragen könnte." Sie wandte sich an Agnes. „Warten Sie noch ein paar Augenblicke hier. Dann gehen Sie zurück Herrn Dr. Kanomoki und sagen ihm, daß ich ihn erwa... Sie führen ihn zum Teezimmer."

Gefolgt von Ibenstein, betrat Ruth die Bibliothek. Sie durchschritten sie, und der Detektiv verharrte hinter dem Vorhang, durch den man das Teezimmer betritt. Ruth schritt langsam in den kleinen, kostbar ausgestatteten Gemach auf und ab. Da ging die Tür auf. Dr. Kanomoki trat ein. Mit verbindlichem Lächeln begrüßte er Ruth.

„Ich komme im Auftrage Professor Komitatos, verehrtes Fräulein. Er läßt sich entschuldigen. Es wäre sehr gern persönlich gekommen, aber einige dringende Besprechungen halten ihn leider ab. — Darf ich in seinem Auftrage fragen, ob Sie sich von dem gestrigen Unwohlsein im Theater wieder völlig erholt haben?"

Ruth nötigte ihn zum Sitzen. „Es ist sehr liebenswürdig von Ihnen und Herrn Professor Komitato, daß Sie sich derart um mein Wohlergehen kümmern. Bestellen Sie, bitte, dem Herrn Professor, daß es sich gestern wirklich um eine vorübergehende Schwäche bei mir handelte."

Dr. Kanomoki zeigte auch weiter sein gleichbleibendes Lächeln. Ruth haßte dieses maskenhafte Lächeln. Sie sagte ziemlich schroff: „Wir haben heute andere Sorgen als diese Nebensächlichkeit, Herr Doktor. Es hat nicht viel gefehlt, und mein armer Vater wäre dem Stahl eines Mordbuben zum Opfer gefallen."

Der Japaner rief überrascht: „Es war also wirklich Gefahr vorhanden für den Herrn Professor?"

„Haben Sie das Extrablatt nicht gelesen?"

„Doch, doch! Aber die Presse übertreibt ja so gern! — Ist der Herr Professor denn ernstlich verwundet?"

„Nein, das nicht. Die Waffe traf nur seinen Arm. Aber der Wunsch des nächtlichen Angreifers war es gewiß, meinen Vater zu töten."

„Dann liegt der Fall ja sehr ernst! — Und die Papiere?"

„Welche Papiere?"

„Die Aufzeichnungen über Omega!"

„Die sind geraubt."

„Sie sind also wirklich geraubt worden?"

„Ja, freilich. Der Schrank in meines Vaters Schlafzimmer war erbrochen. Der Täter muß sehr genau gewußt haben, wo die Papiere lagen."

„Im Grunde wird dieser Raub dem Täter nichts nützen. Ihr Herr Vater sagte uns erst kürzlich, diese Aufzeichnungen seien in Geheimschrift abgefaßt."

„Der Räuber kann möglicherweise leicht hinter das Rätsel der Geheimschrift kommen."

„In wieviel Abschriften besaß Ihr Herr Vater die Aufzeichnungen?"

„Er besaß nur diese eine Originalschrift."

Der Japaner lächelte wieder. „Das glaube ich nicht."

„Warum glauben Sie das nicht!"

„Oh, es ist eine Mutmaßung. — Und haben Sie keinen Verdacht?"

„Nein. — Der Mensch, der meinen Vater angriff, war auffällig groß und stark. Vater kann sich nicht entsinnen, jemals zuvor einem ähnlichen Menschen begegnet zu sein."

Dr. Kanomokis Stimme verriet Ueberraschung. „Auffällig groß? — Da hat sich der Herr Professor wohl geirrt."

„Warum glauben Sie das?"

„Weil man sich in der Aufregung oft täuscht, weil man vor allem im Finstern die Umrisse eines Menschen oder eines Gegenstandes gern verkennt. Es stand in dem Blatt, der Täter habe die Lichtleitung zerstört. Es war also finster in dem Zimmer."

„Mein Vater kann doch aber ebenso gut recht gesehen haben."

(Fortsetzung folgt.)

Dänemark und die Butterzollerhöhung

Kopenhagen, 21. Januar.

Unter Hinweis auf die Erhöhung des deutschen Butterzolls verlangt jetzt die Randers-Bewegung, der etwa 200 000 dänische Bauern angehören, die sofortige Kündigung des deutsch-dänischen Handelsvertrages. Der dänische Außenminister Munch erklärte einem Journalisten gegenüber, er bedauere die deutsche Zollerhöhung. Dänemark verkaufe nicht nur an Deutschland, sondern es sei auch einer der größten Kunden Deutschlands. In der nächsten Tagen würden mit den interessierten dänischen Erwerbskreisen Verhandlungen aufgenommen werden.

Schwere Unruhen in Schanghai.

Schanghai, 21. Januar.

Im Verlaufe einer japanischen Demonstration wegen eines chinesischen Angriffs auf japanische Mönche kam es in Schanghai zu schweren Tumulten. Die Japaner bewarfen die Straßenbahnwagen mit Steinen, zertrümmerten Hunderte von Schaufenstern und setzten drei Fabriken in Brand. An verschiedenen Stellen kam es zu Feuergefechten. Zwei chinesische Polizeioffiziere und ein Japaner wurden getötet. Später drang die Menge gegen die internationalen Niederlassungen vor. Auf beiden Seiten wurde scharf geschossen. Eine große Anzahl von Personen wurde schwer verwundet, darunter ein englischer Polizeioffizier.

Die Behörden der internationalen Niederlassungen mobilisierten sofort sämtliche Polizeikräfte. Die im Hafen liegenden japanischen Kriegsschiffe wurden in Gefechtsbereitschaft gesetzt. Der Oberbefehlshaber des japanischen Geschwaders hat nach Tokio um Verstärkungen telegraphiert. Sämtliche Eingänge zu den internationalen Niederlassungen sind verbarrikadiert worden.

Hochwasser verursacht Explosion

Durch explodierendes Natrium Riesenbrand-Katastrophe.

Oslo, 21. Januar

Bei Badheim in der Nähe von Bergen führt der dortige Fluß Hochwasser, das in die Elektrochemische Fabrik von Badheim eindrang. Die Kellerräume wurden überschwemmt. Als die dort lagernden großen Mengen von Natriummetall mit dem Wasser in Berührung kamen, explodierten sie.

Im ganzen sind 62 000 Kilogramm Natriummetall explodiert. Der Fluß riß die brennenden Natriummengen mit sich und spülte sie durch den ganzen Ort, wodurch andere Häuser ebenfalls in Brand gerieten und die Gasentwicklung so stark wurde, daß die gesamte Bevölkerung in die Berge flüchten mußte, um nicht zu ersticken. Eine Holzwaren- und eine Tonnenfabrik sind ebenfalls in Brand geraten. Der Schaden ist nicht abzuschätzen.

Kommt Wasser mit Natriummetall in Berührung, so bildet sich unter Zersetzung des Wassers das bekannte Aetznatron oder Natriumhydroxyd und Wasserstoff, der sich explosionsartig entzündet.

Die Beisetzung der Opfer.

Ein weiterer Bergmann geborgen.

Beuthen, 21. Januar.

Die beiden auf der Karsten-Zentrum-Grube geborgenen Toten, die Häuer Weiß und Misch, wurden unter außerordentlich starker Beteiligung der Bevölkerung zu Grabe getragen. In allen Straßen, durch die der Zug führte, stand dicht gedrängt die Menge Kopf an Kopf. Auf dem Friedhof rief Erzpriester Schwierk den Toten nachmals ergreifende Abschiedsworte nach. In der Parkstraße, durch die der Trauerzug führte, hatten unbekannte Täter am Vormittag eine große rote Fahne quer über die Straße gespannt. Dieser Vorfall rief unter der Menge größte Empörung hervor. Die Feuerwehr konnte die Fahne noch rechtzeitig vor Eintreffen des Trauerzuges entfernen.

Ein weiterer Bergmann wurde auf der Karsten-Zentrum-Grube bei Beuthen tot geborgen, und zwar der Hauer Max Karch aus Karf. Die Leiche wurde zunächst ins Knappschaftslazarett überführt. Die Suche nach den restlichen vier Verschütteten wird fortgesetzt.

Der Landeshauptmann von Oberschlesien hat den Rettungsmannschaften, die sich für die Rettung ihrer verschütteten Kameraden eingesetzt haben, einen Betrag von 3300 Reichsmark zur Verfügung gestellt, der mit einem Schreiben des Landeshauptmanns an die beteiligten Bergleute zur Verteilung gelangen soll.

Drei Bergleute in Ostoberschlesien verschüttet. Ein Streckenzusammenbruch ereignete sich auf der „Marxgrube" in Michalkowitz (Ostoberschlesien), wobei drei Bergleute verschüttet wurden. Nach mehrstündigen Rettungsarbeiten konnten zwei Bergleute mit schweren Verletzungen lebend geborgen werden. Der dritte Bergmann war bereits tot.

Uebertritt des Abgeordneten Justi zur Deutschnationalen Volkspartei.

Berlin, 21. Januar. Die Deutschnationale Pressestelle teilt mit: „Nachdem der Vorstand der Christlichnationalen Bauernpartei Waldeck die Auflösung der bisherigen Sonderorganisation und ihre Ueberführung in die Deutschnationale Volkspartei beschlossen hatte, ist jetzt auch der preußische Landtagsabgeordnete Justi zur Deutschnationalen Volkspartei übergetreten."

Volkspartei gegen den Antrag der Jungdeutschen.

Berlin, 21. Januar. Der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Dr. Dingeldey, richtete an den Hochmeister des Jungdeutschen Ordens ein Schreiben und lehnt darin die Unterstützung des Volksbegehrens in der Präsidentenfrage ab.

Organisatorische Umgestaltung von Großbanken.

Berlin, 21. Januar. In einem Brief an die „DAZ." stellt Reichsfinanzminister Dietrich richtig, daß sich seine Bemerkungen im Haushaltsausschuß auf die organisatorische Umgestaltung der unter dem Einfluß des Reiches befindlichen Großbanken und die Frage, wieweit eine solche Umorganisation auf die übrigen Banken in Deutschland zurückwirken werde, bezogen haben.

Lausanne verschoben.

Das englische Auswärtige Amt gibt bekannt, daß die Konferenz nicht am Montag beginnen könne. England bleibe bemüht, die Verhandlungen zu einem günstigen Resultat zu bringen.

Wieder ein Nationalsozialist ermordet.

Essen, 20. Januar. Am Dienstag abend kam es in der Pferdebahnstraße zwischen mehreren Kommunisten und Nationalsozialisten zu einer Schlägerei, in deren Verlauf mehrere Schüsse fielen. Der 21 Jahre alte Arbeiter Arnold Guse der der NSDAP. angehörte erhielt einen Schuß in die Lunge und starb auf dem Transport ins Krankenhaus. Ein der Tat verdächtiger Bursche wurde festgenommen.

Lokales.

Namslau, den 22. Januar 1932.

= Kreis-Krieger-Verband. Am Sonntag, den 24. Januar veranstaltet der Kreis-Krieger-Verband Namslau in der Hindenburg-Halle eine öffentliche Kundgebung gegen Kriegsschuldlüge und Wehrungleichheit. Es wird über dieses Thema Herr Oberstleutnant a. D. Nollau vom Provinzial-Krieger-Verband Breslau sprechen. Das große und brennende Interesse jedes deutschen Mannes und jeder deutschen Frau an diesen Fragen darf als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Der Kyffhäuser-Bund hat sich den Kampf gegen die Kriegsschuldlüge und den Kampf um die Wehrgleichheit, wie auch wieder aus der großen durch Rundfunk übertragenen Rede des Generals v. Hom anläßlich der Reichsgründungsfeier in Berlin hervorging, zu seinen Hauptaufgaben gemacht. Das reichhaltigste Material steht deshalb dem Kyffhäuser-Bund zur Verfügung. Herr Oberstleutnant Nollau wird es am Sonntag eingehend erläutern. Daher versäume niemand, den Vortrag zu besuchen.

= Feuer. Auf dem Grundstück von Herrn Glasermeister Sobek brach gestern um ungefähr 18 Uhr im Hinterhaus Feuer aus. Der Brandherd befand sich auf dem Boden, der über 2 kleinen Wohnungen liegt. Da Heu und Stroh in Brand geraten waren, wurde der Freiwilligen Feuerwehr durch Rauchentwicklung das Arbeiten sehr erschwert. Die Bodenräume brannten aus. Das Mobilar der Wohnungen konnte vor Brandschaden bewahrt werden; dagegen traten Schädigungen durch Wasser ein. Es liegt Verdacht von Brandstiftung vor.

= Ostkundgebung. In der Aula der Technischen Hochschule Breslau wird am Sonntag, den 24 Januar, um 11,30 Uhr vormittags, eine Ostkundgebung stattfinden. Prof. D. Bornhausen hält die Festrede: „700 Jahre Deutsches Ordensland". Die Ostdeutsche Arbeitsgemeinschaft, in der die Heimattreuen Verbände, Landsmannschaften, die Grenzlandsämter beider Hochschulen u. a. m. zusammengeschlossen sind, beteiligt sich daran.

= 90. Geburtstag. Am letzten Sonntag, den 17. Januar, feierte der auf dem Dominium Glausche beschäftigte Arbeiter Johann Giebel in voller Rüstigkeit seinen 90 Geburtstag. Versteht er auch keine schweren landwirtschaftlichen Arbeiten mehr, so läßt er sich jedoch die Betreuung des Gartens mit zahlreichen Obstbäumen und Sträuchern nicht nehmen. Er hat noch heute eine geradezu glückliche gärtnerische Hand. Häufig macht er noch die Tour nach Namslau zu Fuß. Der Jubilar wurde von zahlreichen Freunden und Bekannten und auch von der Herrschaft geehrt und mit Geschenken erfreut. Wir wünschen dem Jubilar weitere Gesundheit und Wohlergehen.

= Bühnenvolksbund. Der deutsche Theaterdirektor hat es heut nicht leicht: Schund soll er nicht bringen, Tendenzstücke soll er ablehnen. Versöhnt er nach Goethes Rat: „Wer vieles bringt, wird jedem etwas bringen", so ist es auch gewagt, denn wer vieles bringt, bringt unter Umständen keinem etwas richtig. Da ist es nicht zu verwundern, daß der Suchende auf eine Gattung unserer Literatur stößt, die heute mehr denn je Beachtung und Berechtigung im Spielplan verdient. Das Volksstück, das deutsche Volksstück vom Leben, Lieben und Leiden des deutschen Menschen. Unter diesen Gesichtspunkten betrachtet, war die Aufführung der Komödie „Der rasende Sperling" durch die „Schlesische Bühne" ein schöner Erfolg. Als Straßenmusikanten eröffneten die Hauptträger der männlichen Rollen vom Saale her das Spiel, das nun im flottesten Tempo dahinfloß. Jede einzelne Rolle war auf das jubilste herausgearbeitet und wurde vollendet durchgeführt. Der Beifall nach den einzelnen Akten und am Schluß des Stückes war ungemein stark und wohlverdient.

= Bevölkerungsbewegung in der Stadt Namslau im Jahre 1931. Stand am 31. Dezember 1930 nach der Fortschreibung des Einwohnermeldeamts 6 718. Im Jahre 1931 sind zugezogen 1005, verzogen 942 Personen. Dazu treten die Aenderungen durch Geburts- und Sterbefälle. Geburten sind 84 zu verzeichnen, Sterbefälle 100, sodaß die Stadt am 31. Dezember 1931 6 765 Einwohner zählt.

= Gauvertretertagung des Sängergaues Oels. Der Gau 4 Oels im Schlesischen Sängerbund hielt am letzten Sonnabend seine Gauvertretertagung im Restaurant des Bahnhofs Oels ab. In seinen Begrüßungsworten gedachte der stellvertretende Vorsitzende Sb. Kaorn-Oels vor allem der im letzten Jahre dahingegangenen Sangesbrüder, zu deren Ehren sich die Anwesenden von den Plätzen erhoben. Dem vom Schriftführer Sb. Fauseit Oels erstatteten Jahresbericht ist u. a. folgendes zu entnehmen: Aus finanziellen Gründen ist der Gesangverein Glausche aus dem Gau ausgetreten. Vor allem wurde der Kundgebung des Schlesischen Sängerbundes in Breslau gedacht, an der der Gau Oels mit 350 Sängern teilnahm. Ferner wurde an das Gautreffen des Gaues Oels in Festenberg erinnert. Weiter wurde auf das kommende Deutsche Sängerbundesfest in Frankfurt a. M. hingewiesen, das bestimmt stattfindet. Der Bericht klang aus in einem warmen Appell, für das deutsche Lied zu werben und ihm treu zu bleiben. Der Gaukassierer Sb. Kunert-Oels erstattete den Kassenbericht. Im wurde Entlastung erteilt. Durch den allseitig bedauerten freiwilligen Rücktritt des bisherigen Gauvorsitzenden Sb. Rösch war eine Neuwahl nötig geworden. Als äußeres Zeichen der Wertschätzung des Scheidenden wurde er spontan einstimmig von den Anwesenden zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Zum Gauvorsitzenden wurde der bisherige Gaukassierer Kunert gewählt, während an seine Stelle als Gaukassierer Sb. Dziekan-Oels trat. Gauchormeister Müller Oels erstattete den Bericht über die Gesangstätigkeit im verflossenen Jahre. Er erwähnte das erfolgreiche Auftreten des Gaues in Breslau und Festenberg. Weiter wurden besondere Gesangsveranstaltungen der einzelnen Gauvereine abgehalten. Besprochen wurden schließlich die Chöre für Frankfurt a. M. Beschlossen wurde u. a. einstimmig die Abhaltung eines Gautreffens in Konstadt anläßlich des 75. Stiftungsfestes des dortigen MGV. „Eintracht" am 12 Juni d. Js. In diesem Jahre begeht auch der MGV. „Harmonia" in Miltsch sein 60jähriges Stiftungsfest am 5. Mai, wozu die Gauvereine eingeladen sind. Die Gaubeiträge werden in gleicher Höhe wie bisher erhoben. In einer anschließenden ausgedehnten Aussprache wurden noch viele wertvolle Anregungen und Fingerzeige für das weitere Wirken um das deutsche Lied gegeben.

= Wissen Sie schon, daß Sie für wenig Geld einen großen Vorteil erringen können, wenn Sie Mitglied der Alten Herren- und Kreischmerzeche werden? Lassen Sie diese Gelegenheit nicht vorübergehen und treten Sie so schnell wie möglich dieser segensreichen Vereinigung bei, damit Ihnen nicht die 50 auf den Hals kommt, denn nur bis zu diesem Alter wird man aufgenommen. Und wollen Sie mal was sehen, was in dieser tollen Zeit eine große Seltenheit ist, so kommen Sie zu dem in 3 Wochen stattfindenden Fastnachts-Quartal und Sie werden staunen, wie gemütlich und einträchtig alles beieinander sitzt, was ansonsten wegen Standesunterschied, politischer Meinungsverschiedenheit und dergleichen sich nicht mehr riechen kann. Dieses Zusammengehörigkeitsgefühl macht eben so etwas verständlich und der Tod bei keinem eine Ausnahme; nur ist es für die Hinterbliebenen eines Mitgliedes äußerst trostreich, daß neben einem reichlich bemessenen Sterbegeld (ohne Rücksicht auf die Dauer der Zugehörigkeit zur Zeche) alles Erforderliche zur Erledigung des traurigen Falles besorgt wird. Und wenn man nun gar nichts mehr von dieser schnöden Welt erwarten kann, so hat doch schließlich ein Jeder den Wunsch, eine anständige und würdige Beerdigung zu haben. Ihr Frauen und Männer tretet ein in unsere Reihen, die schon heute über 800 Personen umfassen und holt Euch Rat — jederzeit gern erteilt — bei unserem unermüdlich für die Interessen unserer guten Sache eintretenden Oberältesten Herrn Rentier Paul Baumhauer, Namslau, Andreas-Kirchstraße, geradeüber der Friedenseiche!

G.

= Abhören von Telephongesprächen ist verboten. Wie vom Reichspostministerium erklärt wird, ist ein Abhören von Telephongesprächen durch die Polizei nicht gestattet. Bei staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen können Postbeamte lediglich zu Aussagen aufgefordert werden über Gespräche, die sie früher einmal zufällig abgehört hätten. Eine Ueberwachung von laufenden Telephongesprächen sei indessen verboten.

Der Briefträger

fragt nur noch bis zum 23. Januar

ob Sie unsere Zeitung auch für den Monat Februar 1932 weiter beziehen wollen. Versäumen Sie die Bestellung nicht, denn nach dem 25. Januar verlangt die Post eine Sondergebühr von 20 Pfg.

Rundfunk-Programm.

Sonnabend. 15,25: Die Filme der Woche. 15,55: Das Buch des Tages. 16,10: Unterhaltungsmusik. 17,30: Ueberflüssige Erfindungen. 17,55: Wettervorhersage; Mikroskopische Streifzüge. 18,20: Abendmusik. 19,00: Das wird Sie interessieren! 19,30: Aus Leipzig: Zu Arthur Nikisch's 10. Todestage. 20,30: Abendberichte I. 20,40: Aus Berlin: Funk-Potpourri. 22,00: Zeit, Wetter, Presse, Sport. 22,30: Tanzmusik. 0,30: Funkstille.

Alle Bruchleidenden

werden auf das heutige Inserat des Spezial-Bandagisten Russing aufmerksam gemacht.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelische Kirche.

Sonntag, den 24. Januar 1932 (Sonntag Septuagesimae).
Kollekte für die Schles. Konferenz für Synodaldiakonie.
8 Uhr Gottesdienst. Pastor Röchling.
10 Uhr Gottesdienst. Pastor Langer.
Sonnabend, den 23. Januar 1932, 20 Uhr im Saal des Herrn Opitz—Deutsche Vorstadt Vorführung des Missionsfilms: „Jisu sahay", „Der Retter Indiens". Film in 5 Akten aus der Arbeit der Gossnermission. 16 Uhr Vorführung für Schüler. Eintrittspreise: Abends 1 RM. und 0,50 RM. Schüler nachmittags 0,20 RM. Vorverkauf bei Herrn Kaufmann Haesler, Ring.

Vereine.

Ev. Jungmädchenverein: Montag, den 25. Januar, 20 Uhr Nähstube. Donnerstag, den 28. Januar, 20 Uhr Versammlung (Handarbeitsabend).
Ev. Posaunenchor: Dienstag, den 26. Januar und Freitag, den 29. Januar, 20 Uhr Uebungsabende.
Ev. Jugend- und Jungmännerverein: Mittwoch, 27. Januar, 20 Uhr Bibelbesprechung. Joh. 13, V. 1—20. Sonnabend, 30. Januar Volkstanz in der Herberge.
Ev. Frauenhilfe: Montag, 25. Januar 20 Uhr Wäschenähstube.
Ev. Männer- und Jünglingsverein: Generalversammlung an einem Tage dieser Woche. Bitte auf Inserat zu achten!
Ev. Arbeiterverein: Sonntag, den 24. Januar, 20 Uhr Generalversammlung.

Christliche Gemeinschaft innerhalb der Landeskirche
Schützenstraße 6.
Dienstag, den 26. Januar 1932, abends 1/2 8 Uhr: Versammlung

Synagogen-Gemeinde Gottesdienst.
Freitag Abend 6 Uhr

Aerztl. Sonntagsdienst am 24. Januar 1932:
Dr. Kusche, Feldstraße 4.

Produktenmarktbericht.

Amtliche Notierungen der Breslauer Produktenbörse vom 21. Januar 1932. An der Börse im Großhandel gezahlten Preise für volle Waggonladungen, (Oelsaaten in kleinen Mengen) in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis:

Weizen, Roggen, Hafer und Gerste	für 1000 kg	— 1 Tonne
Oelsaaten, Hülsenfrüchte, Futtermittel, Mehl	„ 100 kg	
Ölmereien	„ 100 kg	
frachtfrei Breslau		
Kartoffeln, Rauhfutter	„ 50 kg	
ab Erzeugerstation.		

Die Preise verstehen sich per 1000 kg waggonfrei Breslau in vollen 15 Tonnenladungen.

Amtliche amtliche Notierungen.

Getreide.	21	20
Weizen (schlesischer)		
Hektolitergewicht von 74,5 kg Durchschnitts-Qual. gesund und trocken	228.00	228.00
Hektolitergewicht von 78 kg gut, gesund u. trocken	232.00	23.00
Hektolitergewicht von 72 kg trocken für Mälzerei-zwecke verwendbar	218.00	218.00
Sommerweizen hart, glasig, 80 kg	—.—	—.—
Roggen (schlesischer)		
Hektolitergewicht von 71,2 kg Durchschnitts-Qual. gesund und trocken	207.00	207.00
Hektolitergewicht von 69 kg trocken für Mälzerei-zwecke verwendbar	203.00	2[illegible]3.00
Hafer, mittlerer Art und Güte	144.00	142.00
Braugerste, feinste	180.00	180.00
„ gute	—	—
Sommergerste, mittlerer Art und Güte	172.00	175.00
Industriegerste, 65 kg	172.00	175.00
Futtergerste 63—64 kg „ „ „ „	—.—	—.—

Tendenz: Stetig.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, das ehrenvolle Grabgeleit und die herrlichen Kranzspenden, die uns beim Heimgange unserer teuren Entschlafenen erwiesen worden sind, ein herzliches „Gott vergelt's".

Im Namen
der trauernden Hinterbliebenen:
Heinrich Franke
und Kinder.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden meines lieben Mannes sage ich Allen auf diesem Wege herzlichen Dank.

Dammer, im Januar 1932.

Namens der
trauernden Hinterbliebenen:
Theresia Pusch.

---

ca. 80—100 Rmtr.
Birkenbrennholz
direkt an der Chaussee gelegen, zu verkaufen.
Gemeinde Simmelwitz.

Namslauer Lichtspiele
Grimm's Hotel.

Ein Tonfilm
nach der gleichnamigen Posse von
Bernhard Buchbinder
Er und seine Schwester.
Freitag, den 22. Januar, 8 Uhr
Sonntag, den 24. Januar, 5 und 8 Uhr.

Filmvorführung
am Sonnabend, den 23. Januar 1932
abends 8 Uhr
im Saal des Herrn **Opitz**, Deutsche Vorstadt.
Jisu sahay
Der Retter Indiens
Ein Film in 5 Akten aus der Arbeit der Gossner-Mission.

Eintrittspreise: 1. Platz (nummeriert) 1.— RM.
2. Platz 0.50 „
Nachmittags 4 Uhr
Vorführung für Schüler . . . . . 0.20 RM.
Vorverkauf bei Herrn Kaufmann Haesler, Ring.

Ev. Pfarramt.
M. Langer, Pastor.

Sonnabend, den 23. Januar
Gr. Kostümfest
Bernstadter Stimmungskapelle.
Es ladet freundlichst ein
J. Scharff.
Anfang 7 Uhr.

Damnig.
Sonntag, den 24. Januar 1932
Faschings-Kränzchen.
Es ladet freundlichst ein
Schildan, Gastwirt.
Anfang 6 Uhr.

Schmograu.
Zu dem am **24. Januar 1932** stattfindenden
Bock- und Kostüm-Fest
ladet freundlichst ein
Anfang 7 Uhr. **D. Bienek.**
Kein Kostümzwang.

Ihr Bruch
wird immer größer, wenn Sie ein schlechtsitzendes und lästiges Bruchband tragen. Durch solche Bänder verschlimmert sich das Leiden und kann zur Todesursache werden. (Es entsteht Brucheinklemmung, die operiert werden muß und den Tod zur Folge haben kann.) Fragen Sie Ihren Arzt. Hat dieser eine Bandage verordnet, dann muß es in Ihrem Interesse liegen, sich meine äußerst bequeme, unverwüstliche Spezial-Bandage anfertigen zu lassen. Durch Tag- und Nacht-Tragen meiner Bandagen haben sich nachweislich Bruchleidende selbst geheilt.

Werkmeister A. B. schreibt u. a.: „Mein schwerer Leistenbruch ist geheilt. Ich bin wieder in meinem 66. Lebensjahre ein ganzer und glücklicher Mensch!" Landwirt Fr. St. schreibt u. a.: „Ich sehe mich genötigt, Ihnen nach 2 Jahren meinen innigen Dank auszusprechen . . . wurde ich ganz befreit von meinem Leiden."

Bandagen von RM. 15.— an. Für Bruch- und Vorfall-Leidende kostenlos zu sprechen in:

Oels, 27. Januar von 2—6 Uhr im Bahnhofhotel. **Breslau,** 26. Januar von 9—6 Uhr im Hotel Habsburg, Teichstr. 13, am Hauptbahnhof.

Außerdem *Leibbinden* nach Maß in garantiert unübertroffener Ausführung.

K. Ruffing, Spezial-Bandagist, Köln, Richard-Wagnerstraße 16.

Schlachthof.
Sonnabend, den 23. Januar 1932
Fleisch-Verkauf.

Kath. Gesellenverein Namslau.
Sonntag, den 24. Januar, abends 8 Uhr
im Schirbel'schen Saal
in **Wilkau**
Theater-Aufführung
Pension Schöller
Posse in 3 Aufzügen
von Carl Laufs und W. Jacoby.

Preise der Plätze: 70 Pfg. und 50 Pfg., Stehplatz 30 Pfg.

Was bietet Breslau?
CHARLOTT
Die Wunderbar am Tauentzienplatz.
Dita Schmetterling, die singende Geigerin
Rolf Brandt, Jazzsongs
Kurt Neilhaus am Flügel.

Tausche
1 Stube und Küche
für
2 Stuben u. Küche
Langestr. 33.

Empfehle
zerlegte
Hasen und Gänse
Paul Niewiem.

Kulmbacher-Exportbier
hell und dunkel
1/2-Liter-Flasche 55 Pfg.
empfiehlt
Robert Liehr.

Guten billigen
Privat-Mittagtisch
Fleischkost, auf Wunsch vegetarisch, empfiehlt
Frau **Lorenz**
Andreaskirchstr. 1, Eingang Schulstr.

Die in der Nacht zum 21. August 1931 gegen Herrn **Sarrawara** und dessen **Ehefrau** in **Namslau** getane Beleidigung nehme ich mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.
E. Moch.

Schüler
findet in Oels
freundliche Pension
bei billigem Preis. Anmeldungen an
Frl. Bruckisch
Oels, Mallisonstr. 10 I.

Feines
Sauerkraut
2 Pfd. 25 Pf.
empfiehlt
Robert Liehr.

Zwangsversteigerungen.
Es werden meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert:
Sonnabend, den 23. Januar 10 Uhr „Weideschlösschen" 5 Sofas, 2 Arbeitspferde, 2 Arbeits- und Kutschwagen, 1 Geldschrank, 1 Kaffeeröstanlage, 1 Kleetrieur u. a. m. 14 Uhr in Neu Marchwitz Bieterversammlung Gasthaus **Grusa** 1 Kalbe.
Reimann, OGerVollz.

Sonnabend, d. 23. Januar 10 Uhr im Weideschlösschen einen 2 Sitzer „Opel".
Schramm, JOSGkrA

---

2 gute gebrauchte
Fahrräder
(Damen- und Herrenrad)
verkauft billigst
Thienel, am Rathaus.

Matratzen
mit Unterdruckfedern und
Reparaturen sämtlicher Drahtmatratzen
zu billigen Preisen.
Paul Rittmeister
Drahtzaunfabrik Namslau.

Gebrauchte, gut erhaltene, weiße
Kachelöfen
zum Abbruch gesucht.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Stadtblattes.

Polizeiliche
An-, Ab- und Ummeldeformulare
zu haben
Namslauer Druckerei-Gesellschaft m. b. H.